

Bz 19/I. N. V.

3

Anfragebeantwortung.

Auf die in der 10. Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung am 18. Dezember 1918 an den Staatssekretär des Äußern gerichtete Anfrage der Herren Nationalräte Dr. Wilhelm Neumann-Walter und Genossen, betreffend das Massensterben unserer Kriegsgefangenen in Asien, wird seitens des Staatsamtes für Heerwesen folgendes eröffnet:

Mitteilungen der diplomatischen Missionen Dänemarks und Schwedens, wonach sich in Ostsibirien, Turkestan, China und anderen Gebieten Asiens noch ungefähr 700.000 Gefangene der ehemaligen k. u. k. Armee, darunter beiläufig 250.000 Deutschösterreicher, befinden, sind nicht eingelangt. Seitens der diplomatischen Mission Schwedens konnte eine solche Mitteilung auch gar nicht einlangen, weil Schweden den Interessenschutz der deutschen Kriegsgefangenen (mit jenem der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie war es überhaupt nicht betraut) schon im Monat Mai vergangenen Jahres niedergelegt hat.

Die Gesamtzahl der Kriegsgefangenen in Ostsibirien, Turkestan usw. beläuft sich nicht auf 700.000 sondern auf höchstens 300.000 bis 400.000 Gefangene.

Obwohl im Frieden von Brest-Litowsk der ehefte Austausch der Kriegsgefangenen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland vereinbart worden war, wurde diese Vertragsbestimmung seitens Rußlands nicht erfüllt, weil die Macht der Sowjetregierung, welche den Frieden abgeschlossen hat, sich nicht auf diese Gebiete erstreckt. Die Regierungen dieser Gebiete stehen unter ententistischem Einfluß und haben erklärt, daß sie den Brest-Litowsker Frieden nicht anerkennen.

Nach Sibirien entsendete nichtdeutsche Hilfs- expeditionen konnten nicht dorthin gelangen, sondern wurden im Laufe des Monats Juni von den Russen verhaftet und haben eine Tätigkeit für die Kriegsgefangenen überhaupt nicht entfaltet.

Desgleichen konnten auch die im Spätsommer zum Schutze der deutschen Kriegsgefangenen entsendeten schwedischen Kommissionen ihre Tätigkeit nicht beginnen.

Angefihts dieser Sachlage hat sich die österreichisch-ungarische Regierung entschlossen, die dänische Regierung zu ersuchen, die Interessenvertretung der österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in den abgeschlossenen Gebieten auch weiterhin zu führen und ist der im Kriegsgefangenschutz hervorragend bewährte dänische Kapitän F. Cramer als Ministerresident mit weitgehenden Vollmachten nach Sibirien Anfang August gereist.

Die deutsche Regierung hat ihm nunmehr auch den Schutz ihrer Kriegsgefangenen anvertraut, nachdem sie durch viele Monate ohne jede Interessenvertretung gewesen sind.

Um die Kriegsgefangenen in Sibirien mit Geldmitteln zu versehen, wurden im Monate Mai zwei Kuriere der Kriegsgefangenenmission Petersburg dahin entsendet. Auf der Rückreise wurden sie noch auf sibirischem Gebiete verhaftet und befinden sich seither in Kriegsgefangenschaft.

Zwei Kuriere, die mit einem Betrag von mehreren Millionen im Monate Juli nach Irkutsk delegiert wurden, konnten die Front nicht mehr passieren und mußten nach Hinterlassung ihrer Gelddotierung in Perm die Rückreise antreten.

Die weitere Entsendung von Kurieren war unmöglich, obwohl es den guten Beziehungen der dänischen Gesandtschaft in Petersburg zu den verschiedenen ententistischen Militärmissionen gelungen war, ihnen Empfehlungen für den sibirischen Machtbereich mitzugeben. Die bolschewistische Regierung weigerte sich unter immer neuen Vorwänden, die Erlaubnis zum Passieren ihrer Front zu erteilen. Diese Kuriere saßen monatelang in Moskau und konnten nicht weiterreisen, da es aus naheliegenden Gründen nicht möglich ist, eine militärisch abgesperrte

2

Zone mit einer Anzahl größerer Geldkisten zu passieren.

Kapitän Cramer erhielt bei seiner Abreise nach Sibirien den Betrag von 6 Millionen Rubel in barem mit. Angesichts der Schwierigkeiten der Geldversorgung Sibiriens wurde er überdies ermächtigt, an Ort und Stelle einen Monatskredit in der gleichen Höhe aufzunehmen, was auch in der ersten Zeit geschehen ist. Als sich in der Folge Schwierigkeiten für die Geldbeschaffung ergaben und andererseits der Bankverkehr, wenn auch nur in beschränktem Umfang, in Sibirien wiedereröffnet worden war, wurde die Gelddotierung via Kopenhagen—New York vorgenommen.

Daß trotzdem die Versorgung der Kriegsgefangenen mit Geldmitteln in den einzelnen Unterbringungsorten besonderen Schwierigkeiten begegnet und wahrscheinlich auch vielfach nicht zufriedenstellend funktioniert, liegt in den Verhältnissen, weil angesichts der unsicheren Verkehrswege eine postalische Übersendung von Geld nicht möglich ist und auch die Entsendung von Kurieren innerhalb Sibiriens infolge der in vielen Gegenden förmlich hintereinander gestaffelten Kampffronten besonderen Schwierigkeiten begegnet.

Außer Kapitän Cramer wirkt noch eine Anzahl dänischer Gesandtschaftsdelegierter an verschiedenen Plätzen Sibiriens und den außerhalb des Machtbereiches der Sowjetregierung befindlichen Teilen des europäischen Rußlands.

Der dänische Gesandtschaftsdelegierte in Turkestan, Hauptmann Brun, der mit einer Anzahl eigener Offiziere in diesem zum Teil unter bolschewistischer Herrschaft stehenden Gebiete arbeitet, wurde ermächtigt, die für die Kriegsgefangenenfürsorge benötigten Geldmittel bis zur Höhe von monatlich 2 Millionen Rubel an Ort und Stelle aufzunehmen. In der Folge wurde die Dotierung auf radiotelegraphischem Wege unter Inanspruchnahme der russischen Reichsbank und ihrer Taschkenter Filiale besorgt.

In die abgetrennten Gebiete des europäischen Rußlands wurden nach Möglichkeit Kuriere entsendet. Zwei dieser Kuriere, die beiden Brüder Marsstrand, denen es unter besonderen Schwierigkeiten gelungen war, die bolschewistische Front bei Kasan zu passieren, wurden später im Bereiche der Tschecho-Slowaken verhaftet und ermordet, ihr Geld wurde geraubt.

Die so bedauerliche Einstellung des Postverkehrs mit unseren Gefangenen in den in Rede stehenden Gebieten ist auf die gleichen Ursachen wie die Behinderung der Gelddotierung innerer Interzessionsvertreter zurückzuführen.

Der seither abgeschlossene Waffenstillstand bot sowohl dem deutschösterreichischen Staatsamt für Heerwesen, dem Gemeinsamen Zentralnachweisbureau, Auskunftsstelle für Kriegsgefangene als auch der

deutschösterreichischen Zentralstelle für Kriegsgefangenenfürsorge Veranlassung, alle nur möglichen Schritte zu unternehmen, damit nunmehr angesichts der geänderten Verhältnisse eine Änderung in diesem Belange eintrete. Es wurde sowohl das Internationale Rote Kreuz in Genf als auch das Amerikanische und Japanische Rote Kreuz, sowie der Chef der Young Men Christian Association Mr. Mott gebeten, den Kriegsgefangenen und ihren Angehörigen wenigstens diese Erleichterung ihres traurigen Loses zu erwirken. Obwohl seither mehrere Wochen vergangen sind, ist eine positive Antwort noch nicht eingelangt, was darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die Organisation des Postdienstes eine Reihe von Verhandlungen mit den beteiligten Entente-regierungen erfordert.

Die Information, wonach die unter Leitung eines k. u. k. Generals in Petersburg errichtete Mission nur selbständig nach Petersburg gelangte Kriegsgefangene rückbefördert und sich nach dem Aufleben des Bolschewismus nach Wien zurückgezogen habe, bedarf einiger Ergänzung.

Die genannte Mission hat in Wologda, Wjatka, Perm, Moskau, Nischnij Nowgorod und Kasan, Kurf, Lantow, Astrachan, Bensa (später Saratow) und Samara Exposituren errichtet gehabt, die ihrerseits wieder in den wichtigeren Orten ihres Bereiches Filialen aufstellten. Außerdem wurden sogenannte „Aufsauer“ in die einzelnen, oft sehr weit voneinander gelegenen Unterbringungsorte der Kriegsgefangenen entsendet. Der Tätigkeit dieser Mission ist es zuzuschreiben, wenn gegenwärtig Sowjet-Rußland fast zur Gänze von Kriegsgefangenen evakuiert ist.

Die Gesamtzahl der noch dort befindlichen Kriegsgefangenen beläuft sich auf etwa 50.000, und zwar sind dies einerseits solche in jenen Gebieten, wo die Internationalisten unter wohlwollender Duldung der Sowjetregierung den Abschub lahmlegten und andererseits jene Leute, welche teils wegen günstiger Erwerbsverhältnisse, wie sie zahlreiche geschäftskundige Elemente fanden, teils auch aus politischen oder sonstigen Gründen nicht heimkehren wollten.

Wichtig ist, daß diese Mission für die in Asien verbliebenen Kriegsgefangenen nichts erreicht hat, weil Asien nach den vorliegenden Darlegungen in ihr Tätigkeitsfeld überhaupt nicht gehörte und nicht gehören konnte.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurden sowohl die Mission selbst als auch sämtliche Exposituren interniert. Die Freitassung der Missionsmitglieder ist bis jetzt erst zum Teil erfolgt. Während dieser Zeit war das Personal der Mission vielfach den härtesten Bedrückungen ausgesetzt, obwohl ihr von der russischen Regierung ausdrücklich die Rechte von Mitgliedern des diplomatischen Corps

eingeräumt worden waren. Beispielsweise wurde der Leiter der Expositur in Saratow zum Straßenkehren gezwungen!

Die Mission hat sich nicht zurückgezogen, sondern sie hat weisungsgemäß, da eine weitere Tätigkeit nicht möglich war, diese in Petersburg an die königlich dänische Gesandtschaft übergeben. In den Expositurbereichen haben die Internationalisten die Macht an sich gerissen, die Geldbotierung vielfach, wie zum Beispiel in Astrachan den Betrag von 1¼ Millionen Rubel sowie das überaus wertvolle Sanitätsmaterial geraubt.

Die Regierung steht ununterbrochen mit der mit unserem Kriegsgefangenschutz betrauten dänischen Regierung in engster Fühlung und tut alles, um das Schicksal unserer Kriegsgefangenen nach Möglichkeit zu lindern und ihre Rückbeförderung

zu erreichen. Das Maß der erzielbaren Zugeständnisse hängt jedoch — und dies sei ausdrücklich hervorgehoben — keineswegs von dem guten Willen und der Tatkraft der Regierung, sondern ausschließlich und allein nur von der Entente ab, da angesichts der unabänderlich gegebenen Sachlage eine direkte Einflußnahme ebenso ausgeschlossen ist wie die Ausübung eines politischen Druckes.

Die in Berlin eingetroffene Entente mission für Kriegsgefangenenfürsorge befaßt sich nicht mit den Kriegsgefangenen der Zentralmächte, sondern ausschließlich nur mit ihren eigenen Kriegsgefangenen, welche, soweit das Gebiet Deutschösterreichs in Betracht kommt — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen —, zur Gänze bereits heimgekehrt sind.

Wien, 17. Jänner 1919.